

Studienreihe Rechtswissenschaften

Bernd Heinrich

Strafrecht Allgemeiner Teil

7., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Studienreihe Rechtswissenschaften

Bernd Heinrich

Strafrecht Allgemeiner Teil

7., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Studienreihe Rechtswissenschaften

herausgegeben von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Heinrich
Wilms (†)

fortgeführt von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Stefan
Korioth

Strafrecht - Allgemeiner Teil

von

Professor Dr. Bernd Heinrich

7., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

7. Auflage 2022

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-041726-7

E-Book-Format:

pdf: ISBN 978-3-17-041727-4

epub: ISBN 978-3-17-041728-1

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Das Lehrbuch bietet eine umfassende Darstellung der Allgemeinen Lehren des Strafrechts. Sein Aufbau ist zweigliedrig. Die für das grundsätzliche Verständnis für den Studienanfänger notwendigen Grundstrukturen werden zuerst ausführlich dargestellt und an zahlreichen Fallbeispielen erläutert. Ausgewählte Problemschwerpunkte für Examenskandidaten schließen sich an; anhand eines Fallbeispiels werden die wesentlichen in Wissenschaft und Praxis vertretenen Theorien aufgezeigt und im Wege eines "Repetitoriums" die examensrelevanten Probleme verdeutlicht. Diesem Zweck dienen auch die am Ende enthaltenen Zusammenstellungen (Aufbau- und Prüfungsschemata; Problemschwerpunkte) und Definitionen.

Professor Dr. Bernd Heinrich lehrt an der Universität Tübingen Strafrecht und Strafprozessrecht.

Vorwort

Nach drei Jahren war es erforderlich, das Lehrbuch zum Strafrecht Allgemeiner Teil wieder einmal neu aufzulegen. Zwar waren umfangreiche gesetzliche Änderungen in diesem Bereich in den letzten Jahren nicht zu verzeichnen (und sind auch weiterhin nicht zu erwarten), jedoch war es aufgrund der stets umfangreichen Rechtsprechung in diesem Bereich sowie infolge der immer größer werdenden Flut neuer wissenschaftlicher Publikationen geboten, das Lehrbuch auf den „neuesten Stand“ zu bringen.

Es weist inzwischen den stattlichen Umfang von mehr als 720 Seiten auf und fand auch international weitere Beachtung. So wurde nach der Übersetzung des vormals ersten Bandes des Lehrbuchs unter dem Titel „Ceza Hukuku, Genel Kısım I, 2010“ auch der ehemals zweite Band des Lehrbuchs in türkischer Sprache veröffentlicht („Ceza Hukuku, Genel Kısım II“, 2014). Weitere Übersetzungen in andere Sprachen sind angekündigt. Der bisherige Stil wurde auch in der 7. Auflage beibehalten, der sich in erster Linie daran orientiert, den Studierenden die Materie mittels einer Vielzahl kleinerer Fallbeispiele und weiterführender Hinweise nahe zu bringen. Besonderer Wert wurde dabei – wie auch bislang – darauf gelegt, im Fußnotenapparat umfassend insbesondere auf Übungsfälle (vorwiegend aus den leicht zugänglichen juristischen Ausbildungszeitschriften) zu verweisen. Studierende der Anfangssemester sollten sich durch den Umfang der Fußnoten nicht abschrecken lassen, reicht zum ersten Verständnis doch die Lektüre des Textes aus. Wer jedoch tiefer in die Materie eindringen möchte, sei es im Rahmen der Examensvorbereitung oder bei der Abfassung von Haus-, Seminar- oder Studienarbeiten, kann hier wertvolle Hinweise insbesondere auf abweichende Ansichten finden.

Im Rahmen der Neubearbeitung wurde wiederum vor allem Wert darauf gelegt, die juristischen Ausbildungszeitschriften „Juristische Arbeitsblätter“ (JA), „Juristische Ausbildung“ (JURA), „Juristische Schulung“ (JuS) und die Internet-Zeitschrift „Zeitschrift für das Juristische Studium“ (ZJS) umfassend auszuwerten. Zur weiteren Konzeption, insbesondere dem Verhältnis von Standardwissen und Problemschwerpunkten, möchte ich auf das nachstehende Vorwort zur 1. Auflage verweisen. Bedanken möchte ich mich für die vielen Zuschriften und teilweise auch kritischen Anmerkungen aus dem Kreis der Leserschaft, die mich einerseits dazu motiviert haben, das Lehrbuch in der bisherigen Konzeption zu erhalten, die mir aber auch andererseits wertvolle Anregungen gegeben haben. Weitere Anregungen können gerne über E-Mail an die Adresse bernd.heinrich@jura.uni-tuebingen.de erfolgen.

Mein besonderer Dank gilt auch dieses Mal meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Herrn *Nicolas van Bergen*, Frau *Kim Falke*, Frau *Cosima Hermann*, Frau *Jacqueline Schneider*, Herrn *Roman Schneider* und Frau *Priska Veith* sowie meinen studentischen Hilfskräften, Herrn *Tizian Benjowsky*, Herrn *Uwe Geis-Schroer*, Frau *Celine Oßwald*, Frau *Leoni Völker* und Frau *Maria Vrettou*. Nicht zuletzt danke ich auch meiner Sekretärin, Frau *Heidrun Leibfarth*, ohne deren tatkräftige Mitarbeit die Neuauflage kaum in der zur Verfügung stehenden Zeit hätte durchgeführt werden können.

Tübingen, den 1. Juli 2022
Bernd Heinrich

Vorwort zur 1. Auflage

Die vorliegenden Lehrbücher zum Allgemeinen Teil des Strafrechts richten sich – der Konzeption der „Studienreihe Rechtswissenschaften“ entsprechend – vorwiegend an Studierende der Rechtswissenschaften. Ziel ist es dabei, sowohl den Studierenden in den Anfangssemestern einen Einblick in die dogmatischen Strukturen unseres Strafrechts zu geben als auch den Examenkandidaten und -kandidatinnen eine knappe und verlässliche Zusammenfassung der gängigen Problemschwerpunkte zu vermitteln. Diese „Zweispurigkeit“ durchzieht beide Lehrbücher. So können sich diejenigen, die erstmalig mit der Materie konfrontiert sind, einen Überblick über die Grundlagen des Strafrechts und den Aufbau der Straftat verschaffen. Dabei werden in Band I die Grundformen des vorsätzlichen und versuchten Begehungsdelikts behandelt und auf der Grundlage des klassischen dreigliedrigen Aufbaus (Tatbestandsmäßigkeit, Rechtswidrigkeit und Schuld) erläutert. Daran anschließend widmet sich Band II den besonderen Erscheinungsformen der Straftat, den Unterlassungs- und Fahrlässigkeitsdelikten sowie der Irrtums-, der Beteiligungs- und der Konkurrenzlehre. Von der didaktischen Konzeption her wird insoweit Neuland betreten, als die im Text „abstrakt“ behandelten Themen anhand einer Vielzahl von kleineren Beispielfällen, die in den Text eingestreut wurden, verständlich gemacht werden sollen. Dabei können verschiedene Fallkonstellationen durchaus an mehreren Stellen auftauchen und unter verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet werden, wodurch auch ein gewisser Wiederholungseffekt erzeugt wird. Praktische Hinweise für die Klausurbearbeitung („Klausurtipps“) sollen darüber hinaus die Behandlung des Problems im juristischen Gutachten erleichtern. Bei den

(weiterführenden) Nachweisen in den Fußnoten wurde darauf geachtet, neben der Rechtsprechung und den gängigen Lehrbüchern und Kommentaren vorwiegend Beiträge aus juristischen Ausbildungszeitschriften (JA, JURA, JuS) heranzuziehen und dabei insbesondere auch auf Übungsfälle hinzuweisen, die die behandelte Materie im Fallaufbau behandeln. Umfangreich dargestellt und herausgehoben sind ferner insgesamt 41

Problemschwerpunkte, anhand derer klassische Theorienstreitigkeiten aufgearbeitet und erörtert werden. Hier findet eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Dogmatik des Strafrechts statt, die von denjenigen, die sich erstmalig mit Strafrecht befassen, zwar interessiert gelesen werden kann, aber noch nicht auf Anhieb „verstanden“ werden muss. Fortgeschrittenen hingegen sollen diese Problemschwerpunkte dazu dienen, sich im Wege eines kurzen „Repetitoriums“ nochmals die examensrelevanten Punkte zu verdeutlichen. Hierzu sollen auch die Zusammenstellungen am Ende des Bandes II, insbesondere der hier abgedruckte „Definitionenkalender“ dienen. Auf diese Weise soll erreicht werden, dass die Studierenden die vorliegenden Lehrbücher zu jeder Phase des Studiums gewinnbringend nutzen können.

Da die Qualität eines Lehrbuchs auch von den kritischen Anmerkungen aus dem Kreis der Lesenden wesentlich mitgeprägt wird, sind Lob und Tadel sowie Fehlermeldungen und weiterführende Hinweise jeglicher Art stets willkommen. Zu diesem Zweck habe ich auf meiner Web-Seite ein „Leserforum Lehrbuch“ eingerichtet. Eine Beteiligung hieran ist ausdrücklich erwünscht. Sie erreichen es unter der Adresse: www.rewi.hu-berlin.de/jura/ls/hnr – Anregungen können aber auch gerne über E-Mail an die Adresse bernd.heinrich@rewi.hu-berlin.de erfolgen.

Mein besonderer Dank gilt meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, Herrn *Tobias Reinbacher*, Frau *Dr.*

Christiane Freund, LL. M., Herrn *Michael Zickler* LL. M.,
Frau *Nadia Schoedon* und Herrn *Martin Piazena*. Ihre
intensive Mitarbeit und ihre Anregungen haben wesentlich
zum Gelingen der vorliegenden Lehrbücher beigetragen.
Allen voran möchte ich jedoch meiner Frau *Denise* danken,
die das Werk von seiner Entstehung an mitbegleitet hat.

Berlin, den 1. Oktober 2005
Bernd Heinrich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Vorwort zur 1. Auflage

Literaturübersicht

Abkürzungsverzeichnis

Teil I: Einleitung

§ 1 Stellung des Strafrechts in unserem Rechtssystem

- I. Grundlagen
- II. Die Aufgabe des Strafrechts: Rechtsgüterschutz

§ 2 Sinn und Zweck von Strafe: Die Straftheorien

- I. Absolute Straftheorien
- II. Relative Straftheorien
 - 1. Generalprävention
 - 2. Spezialprävention
- III. Vereinigungstheorien

§ 3 Strafrecht und Verfassungsrecht

- I. Grundsatz „nulla poena sine lege“
 - 1. Unzulässigkeit von Gewohnheitsrecht (nulla poena sine lege scripta)
 - 2. Bestimmtheitsgrundsatz (nulla poena sine lege certa)
 - 3. Rückwirkungsverbot (nulla poena sine lege praevia)
 - 4. Analogieverbot (nulla poena sine lege stricta)
- II. Anspruch auf rechtliches Gehör
- III. Verbot der Doppelbestrafung wegen derselben Tat
- IV. Schuldprinzip
- V. Grundsatz „in dubio pro reo“

§ 4 Abgrenzung zu anderen Rechtsgebieten

- I. Strafrecht und Strafprozessrecht
- II. Strafrecht und Disziplinarrecht

- III. Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht
- IV. Einfluss des Zivilrechts und des Öffentlichen Rechts auf das Strafrecht

§ 5 Überblick über die Regelungsmaterien des StGB

§ 6 Geltungsbereich des deutschen Strafrechts

- I. Grundlagen
- II. Anknüpfungspunkt des Begehungsortes der Tat
- III. Anknüpfungspunkt der Staatsangehörigkeit des Täters
- IV. Anknüpfungspunkt der Staatsangehörigkeit des Opfers
- V. Anknüpfungspunkt des Schutzes bestimmter inländischer Rechtsgüter
 - 1. Staatsschutzgesichtspunkte bei der Verletzung von überindividuellen Rechtsgütern
 - 2. Individualschutzgesichtspunkte bei der Verletzung von Individualrechtsgütern
- VI. Anknüpfungspunkt der Interessen von universaler, die Weltrechtsgemeinschaft betreffender Bedeutung
- VII. Anknüpfungspunkt der stellvertretenden Rechtspflege
- VIII. Einschränkung des persönlichen Geltungsbereiches
- IX. Exkurs: Völkerstrafrecht
- X. Exkurs: Europäisches Strafrecht

§ 7 Straftataufbau und Systementwürfe

- I. Trennung von Straftatbestand und Rechtsfolge
- II. Unterscheidung von Tatbestand und Sachverhalt
- III. Elemente der Straftat
- IV. Stellung des Vorsatzes als Ausgangspunkt verschiedener Straftheorien
 - 1. Der klassische („kausale“) Verbrechensaufbau
 - 2. Der neoklassische Verbrechensaufbau und die moderne Lehre

3. Der finale Verbrechenaufbau
4. Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen

Teil II: Der Tatbestand

§ 8 Tatbestand - Überblick und Deliktsarten

- I. Grundlagen
- II. Aufbau des Tatbestandes
 1. Aufteilung in Tatbestandsmerkmale
 2. Definition
 3. Subsumtion
 4. Konklusion
- III. Arten von Tatbestandsmerkmalen
 1. Geschriebene und ungeschriebene Tatbestandsmerkmale
 2. Deskriptive und normative Tatbestandsmerkmale
 3. Tatbezogene und täterbezogene Merkmale
 4. Objektive und subjektive Tatbestandsmerkmale
 5. Exkurs: Objektive Strafbarkeitsbedingungen
 6. Exkurs: Rechtswidrigkeit als Tatbestandsmerkmal
- IV. Auslegung von Tatbestandsmerkmalen
 1. Abgrenzung von Auslegung und Analogie
 2. Grundsätze der Auslegung
 - a) Grammatikalische Auslegung
 - b) Historische Auslegung
 - c) Systematische Auslegung
 - d) Teleologische Auslegung
- V. Überblick über verschiedene strafrechtliche Grundbegriffe
 1. Verbrechen und Vergehen
 2. Erfolgswert, Handlungswert, Gesinnungswert
- VI. Überblick über verschiedene Deliktsarten
 1. Erfolgs- und Tätigkeitsdelikte

2. Verletzungs- und Gefährdungsdelikte
3. Zustands- und Dauerdelikte
4. Begehungs- und Unterlassungsdelikte
5. Allgemeindelikte, Sonderdelikte, eigenhändige Delikte
6. Grundtatbestand, Qualifikation, Privilegierung
7. Sonstige Deliktsarten

§ 9 Die menschliche Handlung

- I. Grundlagen
- II. Handlungsformen: Tun und Unterlassen
- III. Abgrenzung von Handlung, Kausalität, Vorsatz und Schuld
- IV. Anforderungen an die menschliche Handlung
 1. Vorliegen eines menschlichen Verhaltens
 2. Anknüpfung an ein konkretes Verhalten
 3. Außenbezug
 4. Subjektives Element
- V. Problemkreise
 1. „Natürlicher“ Wille bei Schuldunfähigen
 2. Automatisierte Verhaltensweisen
 3. „Sozialerheblichkeit“ der Handlung
- VI. Funktion des Handlungsbegriffs und Standort der Prüfung (Zusammenfassung)

§ 10 Kausalität

- I. Grundlagen
- II. Kausalitätstheorien
 1. Einführung
 2. Kausalitätstheorien (Problemschwerpunkt 1)
- III. Formen der Kausalität
 1. Alternative Kausalität („Mehrfachkausalität“, „Doppelkausalität“)
 2. Kumulative Kausalität
 3. Hypothetische Kausalität
 4. Abgebrochene Kausalität (überholende Kausalität)

5. Kausalität bei Gremienentscheidungen

§ 11 Objektive Zurechnung

- I. Grundlagen
- II. Inhalt der Lehre von der objektiven Zurechnung
- III. Fallgruppen, in denen kein rechtlich missbilligtes Risiko geschaffen wird
 1. Erlaubtes Risiko
 2. Risikoverringerung
- IV. Fallgruppen, in denen sich das Risiko nicht im konkreten Erfolg verwirklicht
 1. Atypische Kausalverläufe
 2. Schutzzweck der Norm
 3. Pflichtwidrigkeitszusammenhang
 4. Freiverantwortliche Selbstschädigung oder Selbstgefährdung des Opfers
 5. Eigenverantwortliches Dazwischentreten eines Dritten

§ 12 Subjektiver Tatbestand

- I. Grundlagen
- II. Vorsatz und Fahrlässigkeit
- III. Der Begriff des Vorsatzes
 1. Vorsatz als Wissen und Wollen der Tatbestandsverwirklichung
 2. Das Wissensselement (der kognitive Bereich)
 3. Das Wollenselement (der voluntative Bereich)
- IV. Arten des Vorsatzes
 1. Wissentlichkeit
 2. Absicht
 3. Bedingter Vorsatz
- V. Besondere Erscheinungsformen des Vorsatzes
 1. Dolus generalis
 2. Dolus subsequens
 3. Dolus antecedens
 4. Dolus alternativus
- VI. Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit
 1. Einführung

2. Abgrenzung von bedingtem Vorsatz und bewusster Fahrlässigkeit (Problemschwerpunkt 2)

VII. Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit bei Tötungsdelikten

Teil III: Die Rechtswidrigkeit

§ 13 Rechtswidrigkeit - Einführung und Systematik

I. Grundlagen

1. Prüfungsaufbau
2. Strafrechtliche und zivilrechtliche Rechtswidrigkeit
3. Tatbestandsbezogenheit
4. Indizwirkung
5. „Offene“ Tatbestände

II. Abgrenzung von Rechtswidrigkeit und Schuld

III. Sonderproblem: Rechtswidrigkeit als Tatbestandsmerkmal

IV. Struktur der Rechtfertigungsgründe

1. Trennung von objektiven und subjektiven Merkmalen
2. Objektive Rechtfertigungsmerkmale
3. Subjektive Rechtfertigungsmerkmale
4. Kein abgeschlossener Katalog von Rechtfertigungsgründen
5. In dubio pro reo
6. Prüfungsreihenfolge

§ 14 Notwehr, § 32 StGB

I. Grundlagen

II. Prüfungsschema

1. Vorliegen einer Rechtfertigungssituation (Notwehrlage)
 - a) Angriff
 - b) Gegenwärtigkeit des Angriffs
 - c) Rechtswidrigkeit des Angriffs
2. Rechtmäßigkeit der Notwehrhandlung

- a) Geeignetheit
- b) Erforderlichkeit
- c) Gebotenheit
 - aa) Fallgruppe 1: Vorliegen eines krassen Missverhältnisses
 - bb) Verbietet Art. 2 EMRK die Tötung von Menschen zum Schutz von Sachwerten? (Problemschwerpunkt 3)
 - cc) Fallgruppe 2: Provokation des Angriffs (insbesondere Absichtsprovokation)
 - dd) Absichtsprovokation (Problemschwerpunkt 4)
 - ee) Fallgruppe 3: Selbstverschuldet herbeigeführte Angriffe
 - ff) Fallgruppe 4: Garantenstellung zum Angreifer
 - gg) Fallgruppe 5: Schuldlos handelnder Angreifer
 - hh) Fallgruppe 6: Angriffe von ersichtlich Irrenden

3. Verteidigungswille (subjektives Rechtfertigungsmerkmal)

- a) Erforderlichkeit und Reichweite des subjektiven Rechtfertigungsmerkmals (Problemschwerpunkt 5)
- b) Folgeproblem: Rechtsfolge des Fehlens des subjektiven Rechtfertigungselements

III. Sonderprobleme

1. Notwehrüberschreitung (Exzess)
2. Putativnotwehr
3. Notwehrrecht von Hoheitsträgern: Geltung der allgemeinen Rechtfertigungsgründe, insbesondere § 32 StGB, auch für sich im Dienst befindende Hoheitsträger (Problemschwerpunkt 6)

§ 15 Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB

- I. Grundlagen
- II. Prüfungsschema
 - 1. Vorliegen einer Rechtfertigungssituation (Notstandslage)
 - a) Gefahr
 - b) Gegenwärtigkeit der Gefahr
 - c) Rechtswidrigkeit der Gefahr
 - 2. Rechtmäßigkeit der Notstandshandlung
 - a) Geeignetheit
 - b) Erforderlichkeit (die Gefahr darf nicht anders abwendbar sein)
 - c) Interessenabwägung
 - d) Angemessenheitsklausel
 - 3. Gefahrabwendungswille (subjektives Rechtfertigungselement)
 - a) Kenntnis der Notstandslage
 - b) Wissen, dass die Handlung der Gefahrabwendung dient
 - c) Gefahrabwendungswille
 - d) Rechtsfolge
- III. Typische Anwendungsfälle
 - 1. Hausfriedensbruch
 - 2. Verletzung von Allgemeinrechtsgütern
 - 3. Nötigungsnotstand

§ 16 Sonstige Rechtfertigungsgründe

- I. Einverständnis, Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung
 - 1. Einverständnis
 - a) Abgrenzung von Einverständnis und Einwilligung
 - b) Voraussetzungen für das Vorliegen eines Einverständnisses
 - c) Irrtumsfragen
 - 2. Einwilligung
 - a) Grundlagen

- b) Voraussetzungen für das Vorliegen einer Einwilligung
- c) Irrtumsfragen
- d) Einwilligung durch Minderjährige (Problemschwerpunkt 7)
- e) Täuschungsbedingte Einwilligung (Problemschwerpunkt 8)
- f) Sonderproblem: medizinische Aufklärungspflicht
- g) Einwilligung bei Fahrlässigkeitsdelikten
- 3. Mutmaßliche Einwilligung
 - a) Grundlagen
 - b) Allgemeine Voraussetzungen für das Vorliegen einer mutmaßlichen Einwilligung
 - c) Fallgruppe 1: Handeln im materiellen Interesse des Betroffenen
 - d) Fallgruppe 2: Handlung, die kein schutzwürdiges Interesse des Rechtsgutsträgers berührt
- 4. Hypothetische Einwilligung
- II. Zivilrechtliche Rechtfertigungsgründe
 - 1. Zivilrechtliche Notwehr, § 227 BGB
 - 2. Defensivnotstand, § 228 BGB
 - a) Grundlagen
 - b) Prüfungsschema
 - 3. Aggressivnotstand, § 904 BGB
 - a) Grundlagen
 - b) Prüfungsschema
 - 4. Allgemeines Selbsthilferecht, § 229 BGB
 - a) Grundlagen
 - b) Prüfungsschema
 - 5. Besitzkehr, § 859 Abs. 2 BGB
 - 6. Besondere Selbsthilferechte
- III. Öffentlich-rechtliche Rechtfertigungsgründe
 - 1. Allgemeines Festnahmerecht, § 127 StPO
 - a) Grundlagen

- b) Prüfungsschema
 - aa) Festnahmelage
 - bb) Rechtmäßigkeit der Festnahmehandlung
 - cc) Subjektives Rechtfertigungselement (Festnahmewille)
- c) Reicht ein dringender Tatverdacht für § 127 Abs. 1 StPO aus oder muss die Tat tatsächlich begangen worden sein? (Problemschwerpunkt 9)
- 2. Sonstige öffentlich-rechtliche Rechtfertigungsgründe
- IV. Weitere Rechtfertigungsgründe
 - 1. Rechtfertigende Pflichtenkollision
 - 2. Wahrnehmung berechtigter Interessen, § 193 StGB
 - 3. Erlaubtes Risiko
 - 4. Sozialadäquanz
 - 5. Züchtigungsrecht

Teil IV: Die Schuld

§ 17 Schuld - Einführung und Systematik

- I. Grundlagen
- II. Schuldprinzip
 - 1. Einführung
 - 2. Inhalt des Schuldprinzips
- III. Gegenstand des Schuldvorwurfs
- IV. Inhalt des Schuldvorwurfs
- V. Prüfungsaufbau und Prüfungsumfang
 - 1. Schuldfähigkeit
 - a) § 19 StGB
 - b) § 20 StGB
 - c) § 21 StGB
 - 2. Spezielle Schuldmerkmale
 - 3. Unrechtsbewusstsein
 - a) Grundlagen

b) Unrechtsbewusstsein als selbstständiges
Schuldelement

c) Aktuelles und potentiell
Unrechtsbewusstsein

d) Tatbestandsbezogenheit des
Unrechtsbewusstseins

4. Schuldform

a) Vorsatzdelikt

b) Fahrlässigkeitsdelikt

5. Fehlen von Entschuldigungsgründen

§ 18 Entschuldigungsgründe

I. Grundlagen

II. Entschuldigender Notstand, § 35 StGB

1. Vorliegen einer Notstandslage

a) Gefahr für ein bestimmtes Rechtsgut

b) Gefahr für eine bestimmte Person

c) Gegenwärtigkeit der Gefahr

2. Rechtmäßigkeit der Notstandshandlung

a) Geeignetheit

b) Erforderlichkeit: Die Gefahr darf nicht
anders abwendbar sein

c) Verhältnismäßigkeit

d) Besondere Hinnahmepflichten, § 35 Abs. 1
Satz 2 StGB

aa) Selbstverursachung der Gefahr

bb) Bestehen eines besonderen
Rechtsverhältnisses

cc) Gesetzliche Duldungspflichten

3. Handeln aufgrund eines besonderen
Motivationsdruckes (subjektives Element)

4. Sonderfall: Nötigungsnotstand

III. Notwehrexzess, § 33 StGB

1. Intensiver und extensiver Exzess

2. Anwendbarkeit des § 33 StGB beim
extensiven Notwehrexzess (Problemschwerpunkt
10)

3. Vorliegen eines asthenischen Affektes:
Verwirrung, Furcht oder Schrecken

4. Kein Erfordernis eines zusätzlichen
subjektiven Merkmals

5. Einschränkungen

6. Putativnotwehrexzess

IV. Handeln aufgrund eines für verbindlich
gehaltenen dienstlichen Befehls

V. Übergesetzliche Entschuldigungsgründe

§ 19 Actio libera in causa

I. Einführung in die Problematik

II. Geltungsumfang und Begründung der actio
libera in causa (Problemschwerpunkt 11)

III. Formen der actio libera in causa

1. Der Täter berauscht sich vorsätzlich und
handelt mit Vorsatz bzgl. der späteren Tat

2. Der Täter berauscht sich fahrlässig und hat
Vorsatz bzgl. der späteren Tat

3. Der Täter berauscht sich vorsätzlich und
handelt bzgl. der späteren Tat fahrlässig

4. Der Täter berauscht sich fahrlässig und
handelt auch bzgl. der späteren Tat fahrlässig

Teil V: Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen

§ 20 Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen

I. Grundlagen

II. Persönliche Strafausschließungs- und
Strafaufhebungsgründe

1. Persönliche Strafausschließungsgründe

2. Persönliche Strafaufhebungsgründe

III. Strafverfolgungsvoraussetzungen und
Strafverfolgungshindernisse

1. Strafverfolgungsvoraussetzungen

2. Strafverfolgungshindernisse

3. Absehen von Strafe

Teil VI: Das Versuchsdelikt

§ 21 Das Versuchsdelikt - Übersicht und Deliktsaufbau

- I. Grundsätzlicher Überblick zum Einstieg
 1. Strafgrund des Versuchs
 - a) Subjektive Versuchstheorie
 - b) Objektive Versuchstheorie
 - c) Gemischt subjektiv-objektive Versuchstheorie
 2. Strafbarkeit des Versuchs
 3. Rechtsfolgen
 4. Grundlagen des Versuchsaufbaus
- II. Der Aufbau des Versuchsdelikts im Einzelnen
 1. Vorprüfung
 - a) Nichtvollendung der Tat
 - b) Strafbarkeit des Versuchs
 2. Tatentschluss
 - a) Vorstellungsbild des Täters
 - b) Subsumtion
 - c) Besondere subjektive Merkmale
 3. Besonderheiten im Rahmen des Tatentschlusses
 4. Häufige Fehler bei der Prüfung des Tatentschlusses
 5. Unmittelbares Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung

§ 22 Formen des Versuchs

- I. Der untaugliche Versuch
 1. Definition
 - a) Untauglichkeit des Tatobjekts
 - b) Untauglichkeit des Tatmittels
 - c) Untauglichkeit des Tatsubjekts
 2. Rechtsfolge
- II. Der grob unverständige Versuch, § 23 Abs. 3 StGB
 1. Definition
 2. Rechtsfolge

- III. Der abergläubische Versuch
 - 1. Definition
 - 2. Rechtsfolge
- IV. Das Wahndelikt
 - 1. Definition
 - 2. Rechtsfolge
- V. Der erfolgsqualifizierte Versuch
 - 1. Grundlagen
 - 2. Versuch einer Erfolgsqualifikation
 - a) Das Grunddelikt wird verwirklicht, die schwere Folge nicht
 - b) Weder das Grunddelikt noch die schwere Folge werden verwirklicht
 - c) Rechtliche Behandlung
 - 3. Erfolgsqualifizierter Versuch
 - a) Definition
 - b) Rechtliche Behandlung des erfolgsqualifizierten Versuchs (Problemschwerpunkt 12)

§ 23 Unmittelbares Ansetzen

- I. Zeitliche Stufen der Deliktsbegehung
 - 1. (Innerer) Tatentschluss
 - 2. Vorbereitungshandlungen
 - 3. Unmittelbares Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung
 - 4. Vollendung
 - a) Vollendung
 - b) Exkurs: Tätige Reue
 - c) Exkurs: Unternehmensdelikte
 - 5. Beendigung
 - 6. Abschließender Hinweis
- II. Unmittelbares Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung
 - 1. Unmittelbares Ansetzen des Alleintäters
 - a) Subjektives Element
 - b) Objektives Element

- c) Einzelfälle
 - aa) Mehrere Delikte
 - bb) Zusammengesetzte Delikte
 - cc) Ansetzen zu einer Qualifikation
 - dd) Versuch eines besonders schweren Falles
 - ee) Unbeendeter Versuch - Beendeter Versuch

2. Unmittelbares Ansetzen bei Mittäterschaft (Problemschwerpunkt 13)

3. Unmittelbares Ansetzen beim vermeintlichen Mittäter (Problemschwerpunkt 14)

4. Unmittelbares Ansetzen bei mittelbarer Täterschaft (Problemschwerpunkt 15)

5. Unmittelbares Ansetzen beim Unterlassungsdelikt (Problemschwerpunkt 16)

§ 24 Rücktritt vom Versuch

I. Grundlagen und rechtsdogmatische Einordnung

1. Kriminalpolitische Theorie

2. Verdienstlichkeitstheorie (oder auch Prämientheorie oder Gnadentheorie)

3. Strafzwecktheorie

II. Verschiedene Versuchsformen und ihre Relevanz für einen Rücktritt

1. Misslungener Rücktritt

2. Fehlgeschlagener Versuch

3. Unbeendeter Versuch

4. Beendeter Versuch

III. Die verschiedenen Rücktrittsvarianten des § 24 StGB

1. Rücktritt des Alleintäters, § 24 Abs. 1 StGB

a) Rücktritt vom unbeendeten Versuch, § 24 Abs. 1 Satz 1, 1. Alt. StGB

b) Rücktritt vom beendeten Versuch, § 24 Abs. 1 Satz 1, 2. Alt. StGB

- c) Rücktritt vom (unerkannt) untauglichen oder fehlgeschlagenen Versuch, § 24 Abs. 1 Satz 2 StGB
- 2. Rücktritt bei mehreren Beteiligten, § 24 Abs. 2 StGB
 - a) Verhinderung der Tatvollendung, § 24 Abs. 2 Satz 1 StGB
 - b) Verhinderungsbemühungen bei Nichtvollendung, § 24 Abs. 2 Satz 2, 1. Alt. StGB
 - c) Beseitigung des eigenen Tatbeitrages, § 24 Abs. 2 Satz 2, 2. Alt. StGB
- 3. Gemeinsame Voraussetzung aller Rücktrittsvarianten: Freiwilligkeit
- IV. Rücktritt vom Versuch des Unterlassungsdelikts
- V. Spezielle Abgrenzungsprobleme (für Fortgeschrittene)
 - 1. Rücktritt nach fehlgeschlagenem Einzelakt, wenn die Tatvollendung weiterhin möglich bleibt (Problemschwerpunkt 17)
 - 2. Möglichkeit der Korrektur des Rücktrittshorizonts, wenn der Täter nach Ausführung seiner letzten Handlung erkennt, dass seine ursprüngliche Einschätzung unzutreffend war (Ergänzung des Problemschwerpunktes 17)
 - 3. Möglichkeit des Rücktritts, wenn der Täter lediglich mit bedingtem Vorsatz handelte und in erster Linie einen anderen Zweck verfolgte, den er auch erreicht hat (Problemschwerpunkt 18)
 - 4. Möglichkeit des Rücktritts bei nur vorläufiger Abstandnahme von der Tat (Problemschwerpunkt 19)
 - 5. Möglichkeit des Rücktritts vom erfolgsqualifizierten Versuch nach Eintritt der schweren Folge (Problemschwerpunkt 20)

6. Konkrete Anforderungen an die Verhinderung der Vollendung beim Rücktritt (Problemschwerpunkt 21)

Teil VII: Das Unterlassungsdelikt

§ 25 Das Unterlassungsdelikt - Übersicht

- I. Grundlagen
 1. Struktur des Unterlassungsdelikts
 2. Strafbarkeit des Unterlassens
 3. Echte und unechte Unterlassungsdelikte
- II. Abgrenzung von aktivem Tun und Unterlassen
 1. Grundsatz
 2. Mehrdeutige Verhaltensweisen
 - a) Zeitliches Zusammenfallen von Tun und Unterlassen
 - b) Zeitliches Auseinanderfallen von Tun und Unterlassen
 - c) Sonderproblem: Arztstrafrecht/Sterbehilfe
 - d) Sonderproblem: Abbruch von Rettungsbemühungen
- III. Weitere Sonderprobleme (für Fortgeschrittene)
 1. Omissio libera in causa
 2. Strafbarkeit des untauglichen Versuchs eines unechten Unterlassungsdelikts
 3. Fakultative Strafmilderung nach § 13 Abs. 2 StGB bei echten Unterlassungsdelikten
 4. Erfolgsqualifiziertes Delikt durch Unterlassen
- IV. Möglichkeit der Beteiligung eines Nichtgaranten an einem fremden Unterlassungsdelikt (Problemschwerpunkt 22)

§ 26 Aufbau des Unterlassungsdelikts

- I. Prüfungsaufbau des (unechten) Unterlassungsdelikts im Überblick
- II. Prüfungsaufbau im Einzelnen
 1. Objektiver Tatbestand
 - a) Handlung
 - b) Tatbestandsmäßigkeit des Verhaltens

- aa) Erfolgseintritt (bei Erfolgsdelikten)
- bb) Kausalität (bei Erfolgsdelikten)
- cc) Objektive Zurechnung (bei Erfolgsdelikten)
- c) Garantenpflicht
- d) Nichtvornahme der gebotenen Handlung
- e) Möglichkeit der Vornahme der gebotenen Handlung
- f) Erforderlichkeit der Handlung
- g) Zumutbarkeit
- h) Entsprechungsklausel, § 13 StGB
- 2. Subjektiver Tatbestand
 - a) Vorsatz bzgl. sämtlicher objektiver Tatbestandsmerkmale
 - b) Tatbestandsspezifische subjektive Merkmale
- 3. Rechtswidrigkeit
- 4. Schuld

§ 27 Garantenpflichten

- I. Grundlagen - Unterscheidung von Garantenstellung und Garantenpflicht
 - 1. Garantenstellung
 - 2. Garantenpflicht
- II. Einteilung der Garantenpflichten
 - 1. Schutzpflichten
 - 2. Überwachungspflichten
- III. Die einzelnen Schutzpflichten (Obhuts- oder Beschützergaranten)
 - 1. Natürliche (familiäre) Verbundenheit
 - 2. Enge Gemeinschaftsbeziehung
 - a) Lebensgemeinschaften
 - b) Gefahrgemeinschaften
 - 3. Freiwillige (tatsächliche) Übernahme von Schutz- oder Beistandspflichten
 - a) Vertrag
 - b) Vertragsähnliches Verhältnis